

Walther L. Bernecker

## Politik zwischen Konsens und Konfrontation: Spanien im 21. Jahrhundert

Im ersten "Bericht über die Demokratie in Spanien" von 2007 der "Stiftung Alternativen" (*Fundación Alternativas*) kommt die Forschergruppe dieser Stiftung zum Ergebnis, dass in der Legislaturperiode 2004–2008 die konservative Opposition bewusst eine "Strategie der ununterbrochenen Provokation und Aggression" entwickelt habe, um die regierenden Sozialisten bei den folgenden Wahlen zu schwächen (*Fundación Alternativas* 2007). Diese "Strategie der *crispación*" habe das Funktionieren der Demokratie direkt auf drei Ebenen beeinträchtigt: im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Regierung und Opposition; bezüglich der Funktionsweise einiger für das Gesamtsystem zentraler Institutionen; und hinsichtlich des Zusammenlebens der Bürger, da gesellschaftliche Spaltungstendenzen sichtbar wurden. Eine derartige Strategie, fährt der Bericht fort, ist in fortgeschrittenen Demokratien eine anormale und größtenteils pathologische Erscheinung. Denn obwohl die Tendenz zum Konflikt durchaus systemimmanent ist, gilt unter demokratischen Verhältnissen der Grundsatz, dass nicht alle Mittel erlaubt sind; vor allem darf es nicht zur ständigen und systematischen Delegitimierung des politischen Gegners kommen. Wenn die Opposition prinzipiell der Regierung widerspricht, wirkt diese Haltung desinformierend; außerdem ist sie nicht mehr glaubhaft. Die "Strategie der *crispación*" bedroht das friedliche Zusammenleben, und sie stellt die gültigen Werte und den demokratischen Konsens in Frage. Der Gegner und dessen Legitimität werden grundsätzlich nicht anerkannt. Im Unterschied zu den in Demokratien "üblichen" Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Opposition ist die "Strategie der *crispación*" auf Dauer und systematische Anwendung angelegt.

Die langanhaltende *crispación* habe, so zeigten kritische Analysten auf, drei verhängnisvolle Folgen für das Land: Zum einen verhindere sie den notwendigen Dialog zwischen den großen politischen Formationen, um "Staatspakete" in Grundfragen des Landes zu schließen. Zum anderen blieben entscheidende Zukunftsfragen wie Bildungspolitik, Klimawandel oder Außenpolitik aus der Debatte ausgespart, die sich stattdessen auf besonders polemische und medienwirksame Aspekte konzentrierte. Zum dritten schließlich zerstörten die persönlichen Verunglimpfungen und Beleidigungen die Glaubwürdigkeit der "politischen Klasse", der staatlichen Institutionen und des Landes insgesamt.

## 1. Zur Strategie der *crispación*

Solche Strategien der äußersten politischen Anspannung werden mitunter in Wahlkampfzeiten angewandt. Die Rechnung des *Partido Popular* (PP) bestand darin, einen größeren Teil der zentristischen und der Mitte-Links-Wähler zur Wahlenthaltung zu bewegen, da sie sich, angewidert von der extremen Polarisierung im Land, von der Politik abwenden würden. Diese Haltung hätte nahezu ausschließlich dem *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) geschadet, wäre somit dem PP zugutegekommen. Die Strategie zielte auf die urbanen, gebildeten und professionellen Schichten der Bevölkerung. Insofern war die konservative Polarisierungsstrategie "sehr rational", analysierte kurz vor der Wahl vom März 2008 der angesehene Soziologe José María Maravall. Je geringer die Wahlbeteiligung, desto größer würden die Chancen des PP sein, da die konservativen Wähler traditionell viel treuer als die sozialistischen zur Wahl gingen und eine gewisse Wahlmüdigkeit nahezu ausschließlich zu Lasten der Sozialisten gehen würde.

Wird die Strategie der *crispación* jedoch über eine ganze Legislaturperiode praktiziert, spielen noch andere Faktoren als die wahlkämpferischen eine Rolle. Entscheidend ist in solchen Fällen die fehlende Akzeptierung des Wählerwillens durch die Verlierer und die Infragestellung der Legitimität des Wahlsiegers. Genau dieser Aspekt stand am Anfang der konfliktivsten Legislaturperiode in der Geschichte der spanischen Demokratie.<sup>1</sup> Die Konservativen akzeptierten den sozialistischen Wahlsieg vom 14. März 2004 nicht, sie sprachen dem Sieg die Legitimität ab, führten ihn vielmehr auf angebliche Manipulationen des Wählerwillens nach den islamistischen Attentaten vom 11. März 2004 zurück. Hinzu kam eine instrumentell-funktionale Überlegung: Um verloren gegangene Wählerstimmen zurückzugewinnen, mussten die eigenen Leute durch einen permanenten Wahlkampf mobilisiert werden, der die Positionen stets weiter radikalisierte; und die nicht ganz vom Gegner überzeugten Wähler sollten durch diese ständige Kampagne ins eigene ideologische Lager gezogen werden. Damit diese Strategie erfolgreich war, durfte die konservative Oppositionspartei die Regierungspolitik nicht im Einzelnen diskutieren, sondern musste sie mit allen Mitteln delegitimieren. Die Opposition durfte unter keinen Umständen der Regierung die Hand reichen und eine gemeinsame "Staatspolitik" betreiben, da eine derartige Haltung nur der Regierung zugutegekommen wäre. Methodisch musste es darum gehen, die Kritik an der Regierung von der parlamentarischen Tribüne in die Massenmedien und auf die Straße zu verlagern, um den Eindruck zu erwecken, der

---

1 Zu den verschiedenen Politikbereichen in der intensivsten Phase der *crispación* vgl. Bernecker / Maihold 2007.

Protest gegen die Regierungspolitik komme aus dem Innern der Gesellschaft selbst. Außerdem mussten die Diskrepanzen mit der Regierung um ein Vielfaches aufgebauscht werden, so dass selbst kleine inhaltliche Abweichungen wie grundsätzliche Positionsunterschiede erschienen. Im Sinne einer klaren Alternative wurde selbst in Staatsfragen eine unversöhnliche Front aufgebaut, vor allem auf den Gebieten Antiterrorkampf und Territorialstruktur des Staates. Eine (künstliche) Perzeption sozialer Unrast sollte die am weitesten verbreitete Vorstellung vom gesellschaftlichen Alltag sein.

Entsprechend diesem Konzept kam es während der Legislaturperiode 2004–2008 von José Luis Rodríguez Zapatero zum ersten Mal in der Geschichte der Demokratie zu einem neuen Massenphänomen: den öffentlichen Antiregierungsdemonstrationen, an denen sich neben der Oppositionspartei PP auch die Kirche und zahlreiche Zivilorganisationen wie die Opfervereinigung *Asociación de Víctimas del Terrorismo* (AVT) beteiligten. Zwischen Anfang 2005 und Ende 2008 kam es zu 21 solchen Massendemonstrationen. Analysten deuteten diesen Rekurs auf die Straße mit dem Bestreben des PP, seine Wählerklientel ständig mobilisiert zu halten. Zugleich gaben die Kräfte der Rechten zu erkennen, dass sie sich in ideologischer Nähe zu den US-amerikanischen *neocons* und der neuen radikalen Rechten des neoliberalen Zeitalters befanden. Die Massendemonstrationen belegten außerdem, dass es sich um eine neue Rechte handelte: nicht mehr homogen und einheitlich, sondern eine pluralistische Koalition aus Parteien, Kommunikationsmedien, Kirche, einzelnen Intellektuellen (die zum Teil aus der Linken stammten), *think tanks*, eigenen Universitäten und Bürgerbewegungen. Durch den aggressiven Dauerdruck der Rechten wurde Spanien zu einem Land mit zweigeteilter Gesellschaft, was nichts Gutes für die Zukunft der Demokratie vorausahnen ließ. Die letzte dieser Massendemonstrationen, die noch Ende Dezember 2007 auf Initiative der spanischen Bischöfe stattfand, versammelte Hunderttausende auf der Madrider Plaza Colón, um sich für die "christliche Familie" einzusetzen und gegen die "Angriffe auf die Institution Familie" der Regierung zu protestieren, die angeblich zur apokalyptischen Vision einer "Auflösung der Demokratie" führte.

Dass unabhängig von strategischen Überlegungen der konservative *Partido Popular* viel Anlass zur Gegnerschaft hatte, ist unbestritten, da Ministerpräsident Rodríguez Zapatero mit Blick auf seinen Vorgänger José María Aznar in vielerlei Hinsicht die geradezu entgegengesetzte Politik betrieb. Außenpolitisch führte der Sozialist einen Paradigmenwechsel durch, indem er sofort nach seiner Amtsübernahme 2004 die spanischen Truppen aus dem Irak abzog und dabei auch ein ernsthaftes Zerwürfnis mit den USA nicht scheute.<sup>2</sup> Auf keinem anderen Feld waren die

---

2 Zur Außenpolitik der Zapatero-Regierung vgl. (kritisch) Däumer / Grundberger / Schmitz 2007.

Unterschiede zur Vorgängerregierung Aznar so deutlich zu fassen wie in diesem Bereich. Hatte sich Aznar geopolitisch den USA angenähert und – gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der spanischen Bevölkerung – das Land in den Irakkrieg geführt, so war Zapateros erste außenpolitische Amtshandlung der Rückzug der spanischen Truppen aus dem Irak. Dies brachte ihm große Sympathien in Spanien, zugleich aber die massive Verärgerung der US-Regierung ein, die ihn ihre Ablehnung während seiner gesamten ersten Amtszeit deutlich spüren ließ. Das Forum „Allianz der Zivilisationen“ war ein ebenfalls bewusstes Gegenprojekt zu Aznars einseitiger Unterstützung der USA im Irakkrieg. Ziel des Zivilisationsforums sind Annäherung und Verständigung zwischen der westlichen und der islamischen Welt.

Innen- und gesellschaftspolitisch waren die sozialistischen Gesetzgeber zwischen 2004 und 2008 besonders aktiv: Verabschiedet wurden das Gesetz gegen die vom anderen Geschlecht (zumeist dem männlichen) ausgeübte Gewalt (*violencia de género*), das Nichtraucherschutzgesetz, das Abhängigkeitsgesetz zur Pflege älterer Personen, das Gesetz zur Ermöglichung von Eheschließungen mit Partnern desselben Geschlechts, das Gesetz zur Beschleunigung der Ehescheidungen, das Gesetz zur historischen Erinnerung, das Gesetz zur positiven Diskriminierung zugunsten der Frauen, das Arbeitsreformgesetz zur Verringerung der Zeitarbeitsverträge und zur Erhöhung der Arbeitsplatzstabilität. Viele dieser Gesetze gehen von einem Menschenbild aus, das sich deutlich vom konservativen unterscheidet, so dass eine Bekämpfung dieser Reformen seitens des PP durchaus verständlich ist.<sup>3</sup>

Es erscheint nicht übertrieben, die Haltung des PP in der ersten sozialistischen Legislaturperiode als einen strategisch-populistischen Angriff zur Herabsetzung des Staates und seiner Institutionen zu deuten. Das Verfassungsgericht wurde über Jahre hinweg reißerischen Manövern ausgesetzt, die das Ansehen des Obersten Gerichts nachhaltig beschädigten; weder der PP noch die Kirche unternahmen etwas, als im Sender der spanischen Bischofskonferenz (COPE) die Regierung gröblichst verunglimpft und der König wiederholt zum Thronverzicht aufgefordert wurde; die konzentrierten Angriffe auf Polizisten, Staatsanwälte und Richter, die von PP-nahen Medien und PP-Politikern im Zusammenhang mit dem Großprozess gegen die islamistischen Terroristen des 11. März 2004 unter Ausbreitung waghalsiger Behauptungen lanciert wurden, ließen jeglichen Respekt vor staatlichen Institutionen vermissen. Die dabei immer wieder angewandte Methode war der Verdacht; Verdachtsmomente wurden ständig gestreut, die Glaubwürdigkeit des politischen

---

3 Vgl. zusammenfassend zur Konfrontation Regierung–Opposition (aus eher oppositionsfreundlicher Perspektive) Däumer / Grundberger / Kähler 2008.

Gegners sollte unterminiert werden. Da Verdachtsmomente nicht justiziabel sind, kann man gegen diese subversive Art der Imagebeschädigung auch nicht gerichtlich vorgehen.

Der Soziologe Enrique Gil Calvo (2008) legte rechtzeitig zum Wahlkampf von 2008 eine Studie zur *crispación* der letzten vier Jahre vor. Sein Ergebnis war eindeutig: Die Hauptverantwortung für das gereizte und polarisierte Klima trug der PP. Der Autor schrieb: "Ich schätze, dass das Wahlvolk die Konservativen wegen dieses Verhaltens abstrafen wird." Obwohl die Strategie der *crispación* in praktisch allen Bereichen angewandt wurde, lag der Schwerpunkt der Opposition auf drei Feldern: dem des islamistischen Attentats vom 11. März 2004, der Reform des katalanischen Autonomiestatuts und des sogenannten "Friedensprozesses" im Baskenland. Über die Zeit hinweg kam es zu ständigen Überlappungen dieser drei thematischen Blöcke; dennoch lässt sich auch eine gewisse Argumentationsabfolge erkennen: Begonnen wurde mit den Attentaten vom 11. März, fortgefahren wurde mit dem katalanischen *Estatut*, und beendet wurde die Legislaturperiode mit den Gesprächen zwischen Regierung und ETA. Alle drei Themen, vor allem der Umgang mit den Terroristen, waren eigentlich "Staatsfragen", die unter früheren Regierungen aus dem Parteienstreit weitestgehend herausgehalten worden waren, da es sich um "transversale" Themen handelt, die sich der üblichen Links-Rechts-Antinomie entziehen. Diego López Garrido, Fraktionsvorsitzender des PSOE im Parlament, brachte es am Ende der Legislaturperiode aus der Sicht seiner Partei auf den Punkt: "Der PP hat den Terrorismus nicht eingesetzt, um ETA zu besiegen, sondern um die Regierung zu besiegen."

Die Konservativen leugnen natürlich, eine bewusste "Strategie" der *crispación* angewandt zu haben. Sie stellten sich angeblich nur gegen das "radikale" Projekt der Sozialisten, das die ursprünglichen Übereinkünfte aus der Zeit der Transition aufgekündigt und die zentralen Konsensstrategien jener Phase zerstört habe. Als Beispiel wurde immer wieder das schließlich 2007 verabschiedete Gesetz zur historischen Erinnerung angeführt, das zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt habe und alte Gegnerschaften wieder aufleben ließ. Wenn auch diese Interpretation nicht völlig falsch ist, muss darauf verwiesen werden, dass es gerade die Konservativen mit ihrer ständigen Agitation gegen dieses Gesetz waren, die auf die gesellschaftliche Spaltung hinarbeiteten, um schließlich die Verantwortung dafür der Regierungspolitik in die Schuhe zu schieben.<sup>4</sup> Auch diese Absicht gehörte zur "Strategie der *crispación*": Zuerst wurde der beklagenswerte Zustand herbeigeführt, dann aber der politische

---

4 Vgl. zu diesem Thema den Beitrag von Sören Brinkmann in diesem Band.

Gegner dafür verantwortlich gemacht. Dabei dürfte eine Strategie der Spannung durchaus auch dem PSOE willkommen gewesen sein, da die Sozialistische Partei meinte, durch die *crispación* ihre Wähler bei der Stange halten zu können.

## 2. Zur Antiterrorpolitik

Der PP hat sich kaum einmal der Mühe unterzogen, den Initiativen Zapateros eigene Konzepte oder Ideen entgegenzusetzen. Stattdessen bediente er sich demagogischer Strategien, wo immer er meinte, daraus politisches Kapital schlagen zu können. Im Prozess gegen die Urheber des Anschlags vom 11. März 2004 nährte die Parteiführung – zusammen mit rechtsextremen Massenmedien wie *El Mundo* und COPE – lange und bewusst eine Verschwörungstheorie, um auf diese Weise von eigenen früheren Versäumnissen im Umgang mit dem Attentat abzulenken und Verdachtsmomente auf Polizei, Justiz und Sozialistische Partei zu lenken. Wider besseres Wissen warf sie – in Zusammenhang mit den “Friedensverhandlungen” der Regierung mit ETA – Zapatero vor, sich an die Terrororganisation verkauft, verfassungswidrige politische Zugeständnisse gemacht und die ETA-Opfer verhöhnt zu haben.<sup>5</sup> Die Angriffe des PP auf die Regierung reichten vom Vorwurf einer bewussten Instrumentalisierung der Anschläge bis zum Versuch, deren Urheber immer wieder mit ETA in Verbindung zu bringen, um so die auf eine Verhandlungslösung ausgerichtete Antiterrorpolitik der Regierung in Bezug auf das Baskenland zu diskreditieren. Ein wichtiger Helfershelfer hierbei war der “Verband der Opfer des Terrorismus” (*Asociación de Víctimas del Terrorismo*, AVT), der als Vertreter von Opfern des ETA-Terrors und der Madrider Anschläge auf mehreren Großdemonstrationen gegen die Regierungspolitik gleichsam als Lautsprecher des PP fungierte. Zwar hatte sich die deutlich größere Zahl der Opferangehörigen des 11. März 2004 ursprünglich anderen, eher links stehenden Verbänden angeschlossen; mit ihrer klaren ideologischen Parteinahme zugunsten der Konservativen auch weit jenseits der eigentlichen Verbandsinteressen und ihrer medialen Präsenz ist es der AVT unter ihrem scharfzüngigen Präsidenten Francisco José de Alcaraz jedoch gelungen, ein wichtiges Feld zu besetzen und gleichsam als asymmetrische Antwort auf die Opfer-Rhetorik der Erinnerungsbewegung das moralische Kapital der Opfer des Terrorismus für das konservative Lager zu aktivieren.

Im Parlament verstießen PP-Abgeordnete regelmäßig gegen die Regeln des Anstands und provozierten Ordnungsstrafen durch den Parlamentspräsidenten. Da

---

5 Zu den “Friedensverhandlungen” zwischen Regierung und ETA vgl. den Beitrag von Walther L. Bernecker in diesem Band.

der PP in den *Cortes* aber regelmäßig allein dastand und keine Allianzen schmieden konnte<sup>6</sup>, „entdeckte“ er die Straße und versuchte auf einer Unzahl von Demonstrationen – häufig Hand in Hand mit der Kirchenhierarchie und konservativen Verbänden – den Eindruck zu erwecken, als helfe gegen Zapateros heillose Politik nur noch ein Proteststurm aus der Mitte des Volkes. Die Neubesetzung des Verfassungsgerichts wurde monatelang blockiert; nicht einmal eine ernste Rüge des Obersten Gerichtshofes half weiter. Außerdem untergrub die Partei leichtfertig das Vertrauen der Bevölkerung in die Gewaltenteilung, indem sie die Regierung mehrfach für Gerichtsbeschlüsse verantwortlich machte, die eindeutig nicht in ihrer Kompetenz lagen.

Jahrelang hielt der PP jene Verschwörungstheorien aufrecht, denen zufolge die Attentate vom 11. März 2004 auf ein machiavellistisches Zusammenspiel von ETA und PSOE zurückzuführen waren. Offensichtlich waren die Konservativen der Meinung, die Aufrechterhaltung derartiger Verdächtigungen komme ihnen bei den nächsten Wahlen zugute. Ganz falsch mag diese Überlegung nicht gewesen sein, denn vor Verkündung des Urteils im Prozess gegen die Attentäter scheinen 30% der PP-Wähler die ständig wiederholten Verdächtigungen geglaubt zu haben. Allerdings kam das Gerichtsurteil zum Attentatsprozess, das jegliche Täterschaft von ETA kategorisch ausschloss und die Islamisten völlig zweifelsfrei als die Urheber identifizierte, so rechtzeitig vor den Parlamentswahlen von 2008, dass die Verschwörungstheorien endgültig als solche entlarvt werden konnten. Dass der PP überhaupt so lange an den makabren Verdächtigungen festhielt, hing mit der Überzeugung der Partei-*hardliner* zusammen, der Verdacht gegen ETA müsse aufrechterhalten bleiben, da er ein wichtiges Argument gegen den Vorwurf aller anderen Parteien sei, der PP habe aus wahltaktischen Gründen in den Stunden und Tagen nach dem Attentat die Öffentlichkeit belogen. Schließlich bestanden die Konservativen während der gesamten Legislaturperiode auf ihrer Interpretation, die Attentate seien erfolgt, um den PP von der Macht zu vertreiben und eine Richtungsänderung in der Innen- und Außenpolitik Spaniens herbeizuführen. Deshalb wurde das Wahlergebnis immer wieder dem Terrorismus und nicht dem manipulativen Umgang mit dem Attentat durch die damalige Regierung Aznar zugeschrieben. Da dieser Deutung zufolge der Wahlausgang nicht so sehr auf die freie Entscheidung der Wähler als vielmehr auf die Terroristen zurückzuführen war, entbehrte – aus der Sicht der Konservativen – der sozialistische Wahlsieger der demokratischen Legitimität.

---

6 Vgl. hierzu den Beitrag von Harald Barrios in diesem Band.

Hinter der Verschwörungstheorie stand die extrem rechtslastige Zeitung *El Mundo*, treu gefolgt vom Radiosender COPE, dessen Eigentümer die spanische Bischofskonferenz ist, und vom öffentlichen Fernsehsender *Telemadrid*, der von der rechten Regionalpräsidentin Esperanza Aguirre kontrolliert wird. Die Täterschaft der Attentate vom 11. März 2004 wurde zuerst ETA und später immer häufiger den "Staatskloaken" angelastet. War ein Journalist der rechten Medien mit der Interpretation nicht einverstanden, hatte er zu gehen.<sup>7</sup>

Zu den großen Zielen der Regierung Zapatero hatte die Beendigung des baskischen Konflikts gehört. Statt aber ausschließlich auf polizeiliche Maßnahmen zu setzen – die allerdings nie vernachlässigt wurden –, begann Zapatero einen "Friedensprozess", in dessen Rahmen erneut Verhandlungen mit ETA stattfanden, die vom PP heftig kritisiert wurden. Die Konservativen hegten öffentlich die Vermutung, der Umgang des PSOE mit den ETA-nahen Parteien sei primär von partei- und machtpolitischem Kalkül geprägt, während die Sozialisten ihrerseits dem PP vorwarfen, unterschiedliche Vorstellungen zum Antiterrorkampf ausschließlich als Wahlkampfmunition zu verwenden.

Die Regierung sah sich wegen ihrer Antiterrorpolitik den heftigsten Angriffen ausgesetzt, die in den Jahren der Demokratie je gegen eine Regierungspartei gerichtet wurden. Die größte Vereinigung von Terrorismusopfern (AVT) solidarisierte sich vorbehaltlos mit der Position des PP und wurde nicht müde, Massenveranstaltungen gegen die Regierung zu organisieren – vor allem dann, wenn es gar keine ETA-Opfer zu beklagen galt, während sie nach tödlichen ETA-Attentaten (etwa im Dezember 2006 oder im November 2007) konsequent schwieg und zu keiner Demonstration aufrief. Regierungschef Zapatero wurde mit Terroristen gleichgesetzt, und Oppositionsführer Rajoy erklärte im Kongress das angebliche Dilemma des Ministerpräsidenten: "Wenn Sie nicht erfüllen [was die Terroristen fordern], wird man Ihnen Bomben legen, und wenn man Ihnen keine Bomben legt, dann deshalb, weil Sie nachgegeben haben."

### 3. Territorial- und Einwanderungspolitik

Ein weiterer Großkampffeld zwischen den Parteien war die Autonomie- und Territorialpolitik. Mehrere Autonome Gemeinschaften handelten in der Legislaturperiode 2004–2008 neue Autonomiestatute aus. Den Anfang machte Katalonien. Diese Verhandlungen waren insofern besonders polemisch, als es den Katalanen vor allem

---

7 Zur Politisierung der Medien in den letzten Jahren vgl. den Beitrag von Miguel Ángel Aguilar in diesem Band.



darum ging, als "Nation" anerkannt zu werden und diesen Begriff im neuen Autonomiestatut zu verankern. Die Anerkennung als "Nation" erfolgte schließlich nur indirekt und lediglich in der (juristisch irrelevanten) Präambel des Statuts. Trotzdem warf der PP Zapatero vor, er zerstöre durch seine zahlreichen Zugeständnisse an die peripheren Nationalismen die "Einheit Spaniens"; das Land "zerbreche" (*España se rompe*), war immer wieder zu hören.

Bei der Ausarbeitung der neuen Autonomiestatute ging es dem PP vor allem um eine Bekämpfung des katalanischen Statuts – hierzu wurde sogar das Verfassungsgericht angerufen –, während vergleichbare Regelungen bei der Reform anderer Statute durchaus die parlamentarische Zustimmung erfuhren. Wie bedeutend inzwischen die Autonomiestatute und die Übertragung der einzelnen Kompetenzen an die Autonomen Gemeinschaften geworden sind, lässt ein Blick auf die Gesetzgebungsprozesse erkennen. Im gesamtspanischen Parlament werden heute nur noch 9% aller Gesetze des Landes verabschiedet; 91% entstehen in den Parlamenten der Autonomen Gemeinschaften. Die Zentralverwaltung des Staates beschäftigt 500.000 Angestellte und Beamte, die Verwaltungen der Autonomen Gemeinschaften verfügen über 1,5 Millionen.<sup>8</sup>

Zu den parteipolitischen Auseinandersetzungen um die Neufassung der Statute gesellte sich in den letzten Jahren eine territorialpolitische, welche die Spanier weit mehr trennt als die bisher diskutierten Themen. Es handelt sich um die Verfügung über das Wasser. Besonders aktuell geworden ist das Problem bei der Diskussion der neuen Autonomiestatute (Katalonien, Valencia, Andalusien, Balearen, Aragonien, Kastilien-León), bei der sich die einzelnen Autonomen Gemeinschaften auf den Standpunkt stellten: "Mein Fluss gehört mir, alle anderen Flüsse gehören allen" – und zumeist nicht bereit waren, den Zugriff auf die Wasserressourcen einer Gemeinschaft mit der jeweiligen Nachbargemeinschaft zu teilen. 2007 entbrannte ein regelrechter "Wasserkrieg", bei dem die Fronten ganz anders verlaufen konnten als in der Madrider Politik. So bekämpften sich zwei Autonome Gemeinschaften, die von derselben Partei (PP oder PSOE) regiert wurden, genauso heftig wie andererseits Konservative und Sozialisten mit einer bestimmten Gemeinschaft sofort gemeinsame Sache machten, wenn es darum ging, möglichst viel Verfügung über das Wasser der Nachbargemeinschaft zu erhalten (ohne Rücksicht auf parteipolitische Loyalitäten). Die Debatte verlief somit mitten durch die Parteien: Kastilien-La Mancha und Aragonien wandten sich vehement gegen Valencia, Valencia wiederum gegen Katalonien und Andalusien, Andalusien gegen Extremadura... Nur die Balearen blieben in

---

8 Zu den Entwicklungen des Autonomiestaats 2004–2008 vgl. den Beitrag von Andreas Hildenbrand Scheid in diesem Band.

dieser Frage unbehelligt, da sie kein (Trink-)Wasser mit anderen Gemeinschaften teilen müssen.<sup>9</sup>

Auch die Einwanderungspolitik war zwischen den zwei großen Parteien heftig umstritten; im Wahlkampf machte der PP daraus sogar ein Schwerpunktthema. Die Diskrepanzen betrafen alle Aspekte: Während die sozialistische Regierung Anfang 2008 die Zahl der sich illegal im Land aufhaltenden Ausländer auf 200.000 schätzte, sprach die Opposition von 1,2 Millionen. Die "Regularisierung" von rund 700.000 "Papierlosen" im Jahr 2005 war ein Versuch der PSOE-Regierung, die zahlreichen Schwarzarbeiter in geregelte Arbeitsverhältnisse überzuführen; die vorhergehenden PP-Regierungen hatten ähnliche Regularisierungsprozesse durchgeführt. Während der Regierung Aznar etwa waren 500.000 "Papierlose" regularisiert worden. Trotzdem behaupteten die Konservativen, die Politik des PSOE habe einen "Anlockungseffekt" auf Tausende von Schwarzafrikanern ausgeübt, die versuchten, in kleinen Booten (*cayucos*, *pateras*) spanisches Festland oder die Kanarischen Inseln zu erreichen. Oppositionsführer Rajoy plädierte für einen "Integrationsvertrag", den Ausländer unterschreiben müssten, wenn sie im Land bleiben wollten. Die Regierung lehnte den Vorschlag unter Hinweis auf seine Impraktikabilität oder Überflüssigkeit ab, da viele der im Vertrag vorgesehenen Maßnahmen längst Gesetzeskraft hätten. Als Mariano Rajoy Innenminister war, hatte er 2003 eine Bestimmung in das Strafgesetzbuch aufnehmen lassen, der zufolge straffällige Ausländer automatisch des Landes verwiesen wurden. Während der sozialistischen Regierung annullierte der Oberste Gerichtshof die Neuregelung, da sie verfassungswidrig und mit internationalem Recht nicht vereinbar sei.<sup>10</sup>

Vier Argumente verwandte der PP in seinem rechtspopulistischen Diskurs gegen die Einwanderung: Die Immigranten bemühten sich nicht, sich zu integrieren; die Rechte der Einwanderer bedrohten inzwischen die Rechte der Einheimischen, etwa beim Bezug von Sozialleistungen; es bestehe ein Zusammenhang zwischen massiver Einwanderung und erhöhter Kriminalität; schließlich, das Boot sei voll, "mehr haben nicht Platz". Diesen Argumenten hielt Zapatero entgegen, die Einwanderer hätten allein 2007 mit 9 Milliarden Euro zur Sozialversicherung beigetragen; rechnet man hiervon die von den Immigranten in Anspruch genommenen Leistungen ab, verblieben der Staatskasse immer noch über 5 Milliarden Euro. Damit konnten 900.000 staatliche Pensionen bezahlt werden.

---

9 Zu Nutzungen und Konflikten im geographischen Raum vgl. den Beitrag von Toni Breuer in diesem Band.

10 Zur Einwandererthematik vgl. den Beitrag von Axel Kreienbrink in diesem Band.

#### 4. Gesellschaftsreformen und die Haltung der katholischen Amtskirche

Besonders große Diskrepanzen zwischen Regierungspolitik und Opposition gab es in der Sozial- und Gesellschaftspolitik. Auf diesem Gebiet kam es zu einer nahezu permanenten Allianz des PP mit der katholischen Amtskirche. Konservative und Klerus machten gemeinsam Front gegen die Einführung der Homosexuellen-Ehe (einschließlich des Rechts auf Adoption von Kindern), gegen die Möglichkeit der "Express-Scheidung", durch die – bei gegenseitigem Einverständnis – Eheleute in nur drei Monaten bei einer Bearbeitungsgebühr von 500 € geschieden werden können, gegen das Klonen menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken, gegen die Einführung eines obligatorischen staatlichen Werteunterrichts an Schulen (*Ley de Educación para la Ciudadanía*), gegen den konservative Bürgerinitiativen zum Boykott aufriefen. Auch zur Bekämpfung vieler anderer Gesetze kam es zu einer "(un)heiligen Allianz" von Kirche und PP, und immer häufiger verlagerten die Konservativen und ihnen zugeneigte Bürgerinitiativen den Widerstand auf die Straße, nachdem sie im Parlament mit ihrer Totalopposition keine nennenswerten Erfolge erzielen konnten.

In einigen Schulbüchern wird die (legalisierte) Homosexuellen-Ehe als ein möglicher "Familientyp" dargestellt; es ist die Rede vom menschlichen Sexualtrieb. Das Recht auf Diversität, auf Glaubens- und Gewissensfreiheit wird ebenso wie die Ablehnung von Fremdenhass und Rassismus betont. Andere Kapitel unterstreichen die Gleichheit zwischen Mann und Frau und rufen zur Bekämpfung von *machismo* und Diskriminierung auf. Alle Schulbücher enthalten eine Auflistung der Menschenrechte.

Neu in der antisozialistischen Offensive der Bischöfe war die vollständige Übereinstimmung mit den Positionen des PP und das Ausgreifen der kirchlichen Kritik auf Bereiche, zu denen sich die Kirche in der Vergangenheit nicht geäußert hatte, etwa die Antiterrorpolitik. Je näher die Wahlen von 2008 rückten, desto unverblümter agitierten die Bischöfe gegen die Sozialisten. Diese hätten "ungerechte, äußerst schwerwiegende Gesetze" erlassen, ihre Gesetzgebung sei "antidemokratisch", der Laizismus sei "intolerant" und führe zur "Auflösung der Demokratie"; wer mit Terroristen "verhandelt" habe, könne nicht gewählt werden. Während die Bischöfe im Jahr 2000 mit keinem Wort die Gespräche der damaligen PP-Regierung mit ETA kritisiert hatten, übten sie acht Jahre später an demselben Vorgehen der PSOE-Regierung massive Kritik. Der Regierungschef forderte den vatikanischen Nuntius Manuel Monteiro de Castro auf, darauf hinzuwirken, dass die spanische Bischofskonferenz die Souveränität des Staates respektiere und ihre "Eingriffe" in die Politik beende.<sup>11</sup>

---

11 Zu Kirche und Religion im heutigen Spanien vgl. den Beitrag von Carlos Collado Seidel in diesem Band.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Demokratie verließ die Kirche das Gotteshaus und zog skandierend und demonstrierend auf die Straße: für das "Modell der christlichen Ehe", für die Beibehaltung des Religionsunterrichts, gegen Abtreibung und Scheidung. Die Tageszeitung *El País* kommentierte bissig, die Bischöfe müssten inzwischen auf die Straße gehen, wenn sie Menschen treffen wollten, denn in die Kirche gehe ja niemand mehr. Und in der Tat: Spanien ist heute ein überwiegend laizistisches Land. In den letzten zehn Jahren haben sich rein zivile Trauungen verdoppelt; sie betragen inzwischen 44% von allen Eheschließungen. Nur noch 57% der Neugeborenen werden getauft, über 26% der Kinder werden außerhalb der Ehe geboren, Erstkommunionen und Konfirmationen gehen ständig zurück, nur 24% der Spanier sind "praktizierende" Katholiken, 46% der 15- bis 24-Jährigen bezeichnen sich als "agnostisch, atheistisch oder gleichgültig".

Wenige Tage vor den Parlamentswahlen von 2008 standen die Wahlen zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz an. Zur Wahl standen der amtierende Vorsitzende (2005–2008) Ricardo Blázquez, der liberale Bischof von Bilbao, und der äußerst konservative Antonio María Rouco, Erzbischof von Madrid, der die Bischofskonferenz schon zwischen 1999 und 2005 angeführt hatte. Mit dem denkbar knappsten Ergebnis (37 : 35) wurde der kämpferisch-konservative Rouco vor Blázquez gewählt; damit wurde deutlich, dass auch die Bischofskonferenz zwischen äußerst konservativen und eher liberalen Kräften gespalten ist. Rouco dürfte sich auch in Zukunft bei sozialistischen Gesetzesvorhaben kritisch und aggressiv zu Wort melden.

Kaum hatte im März 2008 Zapatero die Wahlen gewonnen, kündigte seine Regierung die Reform des Gesetzes zur Religionsfreiheit an; der Staat sollte sich deutlicher auf den Laizismus zubewegen und die Gleichheit der religiösen Konfessionen garantieren. Kardinal Rouco verkündete daraufhin auf der Fronleichnamsprozession, der spanische Staat sei sehr versucht, "den Tod Gottes" zu erklären. Der Toledaner Erzbischof Antonio Cañizares beklagte das Fehlen von Religionsfreiheit sowie die "Beleidigungen, Schmähungen und Angriffe", denen die Kirche in Spanien ausgesetzt sei. Der Laizismus, den die Regierung durchsetzen wolle, bekämpfe die "moralischen Prinzipien des Abendlandes und ersetze sie durch die Diktatur des Relativismus".

Die ständigen Attacken der katholischen Kirche gegen die Regierung Zapatero erscheinen umso erstaunlicher, als die sozialistische Exekutive die Beziehungen zur Amtskirche förderte, so gut sie konnte. Das neu erlassene Erziehungsgesetz behielt den konfessionellen Religionsunterricht bei<sup>12</sup>; die Steuerzahlungen an die Kirche

---

12 Zu den Bildungsreformen vgl. den Beitrag von Elena Hernández Sandoica in diesem Band.

wurden von 0,52% der Lohn- und Einkommenssteuer auf 0,7% angehoben (bei Ausschluss der anderen Religionen). Allein 2008 erhielt die Kirche vom Staat über 4,3 Milliarden Euro zur Finanzierung ihrer Bildungsinstitutionen, für Krankenpflege oder karitative Zwecke; darüber hinaus überwies das Finanzministerium 153 Millionen Euro für Gehälter von Bischöfen und Pfarrern. Alle anderen Konfessionen zusammen erhielten 4,5 Millionen Euro, die jedoch weder für Kultur noch für den Klerus ausgegeben werden durften. Nach wie vor leisten der Regierungschef und die Minister ihren Amtseid vor dem Kreuz, und Staatsbegräbnisse – im Frühjahr 2008 etwa das des früheren Ministerpräsidenten Leopoldo Calvo Sotelo – folgen katholischem Ritual.

Der neue Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Antonio María Rouco Varela, verfügt zwar über gesittete Umgangsformen und eine dialogbereite Art, ist aber durch und durch konservativ und nicht bereit, auch nur einen Schritt von seinen Überzeugungen abzuweichen. Aus seiner bayerischen Zeit – Rouco wurde an der Münchner Universität promoviert – ist er mit Joseph Ratzinger befreundet, mit dem er sich auf Deutsch unterhält. Der Madrider Erzbischof hat Benedikt XVI. davon überzeugt, dass in Spanien der sozialistischen Regierung der Katholizismus verfolgt wird, dass ein moralischer Relativismus vorherrscht, dass sich ein fundamentalistischer Laizismus durchsetzt und die Kirche ein Martyrium durchlebt. Wiederholt führte Rouco Antiregierungsdemonstrationen an, etwa die gegen die Legalisierung der Homosexuellen-Ehe.

## 5. Die Wahlen von 2008 und das (vorläufige) Ende der *crispación*

Im Grunde genommen gingen am 9. März 2008 vier Jahre permanenter Wahlkampf zu Ende. Die erste Legislaturperiode von Zapatero war von politischer Spaltung und Polarisierung des Landes geprägt, wie sie nie zuvor in der 30-jährigen Geschichte der Demokratie bestanden hatten. Besonnene Zeitgenossen, etwa der katalanische Christdemokrat Josep Antoni Duran i Lleida (2007), erblickten in der parteipolitischen Gegenüberstellung eine Fortsetzung der historischen "zwei Spanien"; mit diesem Bild wird gemeinhin die Konfrontation der 1930er Jahre bezeichnet, die schließlich in den Bürgerkrieg führte. Auch damals waren Kompromisse zwischen den ideologischen Lagern nicht möglich, es ging vielmehr um die Zerstörung des jeweils anderen.

Die Sozialisten wussten, dass sie die Wahlen gewinnen konnten, wenn sie die "volatile Linke" mobilisierten und im breit aufgestellten "Zentrum" – schätzungsweise 20% der Wähler – sowie bei den Ideologiefreien – ebenfalls 20% der Wähler – Erfolg hatten; d.h. diese Wähler davon überzeugen konnten, dass die Polarisierung

der letzten Jahre auf eine Strategie der Rechten zurückzuführen war. In ihrem Bericht über die Demokratie in Spanien aus dem Jahr 2007 kam die "Stiftung Alternativen" zu ebendiesem Ergebnis, das der PSOE dementsprechend im Wahlkampf immer wieder verwendete.

In der letzten Sitzung der *Cortes* vor deren Auflösung warnte Parlamentspräsident Manuel Marín ausdrücklich davor, die vergiftete politische Atmosphäre in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen: "Die Gesellschaft wird keine abermals so rüde Legislaturperiode ertragen." Der Politikstil müsse sich ändern; die Spanier hätten schon immer "der Versuchung unterlegen, ikonoklastisch zu sein und sich wie Kain zu verhalten", sie müssten aber zur Verständigungshaltung der Transition zurückkehren. Der Wahlkampf des PSOE wurde sodann von einer Rückkehr zu zentristischen Positionen beherrscht. Die Sozialisten vermieden bewusst polemische Themen wie Abtreibung, Euthanasie oder die Beziehungen zwischen Staat und Kirche; sie betonten demgegenüber Aspekte wie kontinuierliches Wirtschaftswachstum, Sicherheit in der Gesellschaft, Mäßigung in der Politik – alles Themen, die eintrugen und nicht entzweiten. Auch die Konservativen gaben sich bewusst moderat: Die beiden Speerspitzen der ständigen Frontalattacken gegen die Regierung, Ángel Acebes und Eduardo Zaplana, die viele Jahre lang im Parlament (und außerhalb) das Bild eines gnadenlos angreifenden PP geprägt hatten, wurden während des Wahlkampfes bewusst zurückgehalten; der Spitzenkandidat Mariano Rajoy distanzierte sich von der Opfervereinigung AVT, die sich besonders aggressiv gegen die Antiterrorpolitik der Regierung geäußert hatte; alle Wahlkampfslogans und -auftritte sollten Solidität suggerieren und Vertrauen einflößen.

Der PP hätte schon während der Legislaturperiode 2004–2008 mit einem gemäßigten Programm versuchen können, die unentschiedenen Wähler der Mitte auf seine Seite zu ziehen und damit die Mehrheit zu erlangen. Er wählte jedoch eine andere Strategie: eine negativ-zerstörerische, die darauf abzielte, die gemäßigten Wähler durch einen Katastrophendiskurs zu erschrecken und die Regierung als völlig unfähig darzustellen. Damit sollten wertvolle Wählerstimmen von dem Gegensatzpaar links–rechts abkommen und sich besonderen *cleavages* zuwenden, bei denen die Konservativen ihre komparative Stärke vermuteten und der PSOE angreifbar war, wie etwa die Territorial- und Antiterrorpolitik.

Am Ende seiner ersten Legislaturperiode konnte Zapatero eine beeindruckende Bilanz ziehen: Spanien war inzwischen zur achtgrößten Wirtschaftsmacht der Erde geworden<sup>13</sup>; die Bewohner Spaniens übertrafen an persönlichem Wohlstand den

---

13 Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren vgl. den Beitrag von Holm-Detlev Köhler in diesem Band.

Durchschnitt in der Europäischen Union; beim Pro-Kopf-Einkommen hatte Spanien zwischenzeitlich Italien überholt und schickte sich an, zu Frankreich aufzuschließen. In nur einer Legislaturperiode waren 3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden; aufgrund sparsamer Finanzpolitik hatte es in jedem Jahr staatliche Budgetüberschüsse gegeben. Die Pensionen stiegen jährlich über dem Inflationsanstieg. Spanien – so Zapatero – sei nahe am “skandinavischen Modell”, nämlich produktiv und sozial. Der PSOE betonte im Wahlkampf natürlich vor allem die Erfolge der Regierung in den vergangenen vier Jahren: deutlicher Rückgang der sozialen Konfliktivität, Überschuss in den Staatskassen, Wirtschaftswachstum über dem europäischen Durchschnitt, Erhöhung der Renten und des Mindestlohns, Sozialgesetze, gesellschaftlicher Fortschritt. Außerdem stellte er eine Fortsetzung und Vertiefung dieser Politik in Aussicht.

Der PP rückte demgegenüber im Wahlkampf deutlich von seinen permanenten Attacken der letzten vier Jahre gegen die Antiterrorpolitik der Regierung sowie gegen die polizeilichen Ermittlungen des Attentats vom 11. März 2004 und dessen juristische Aufarbeitung ab und betonte nun weit mehr wirtschaftliche Aspekte: die beginnende Wirtschaftsrezession, Steuererleichterungen für Geringverdienende (und für Besserverdienende), außerdem kritische Punkte der Einwanderungspolitik und der öffentlichen Sicherheit.

Der Sieg der Sozialisten am 9. März 2008 fiel deutlich aus, allerdings errang der PSOE keine absolute Mehrheit; auch die Konservativen konnten an Stimmen und Mandaten zulegen. Die Dominanz der beiden großen Parteien mit zusammen 322 (von 350) Sitzen im Parlament und Siegen in allen Autonomen Gemeinschaften vor den dortigen Regionalnationalisten waren noch nie in der Geschichte der spanischen Demokratie so ausgeprägt gewesen. Damit verstärkte sich der Trend zum Zweiparteiensystem.

Der Sieg der Sozialisten war sicherlich ganz erheblich auf die guten Leistungen von Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes zurückzuführen. Dieser legte besonderen Wert auf solide Staatsfinanzen und erwirtschaftete Jahr für Jahr einen bedeutenden Überschuss im Staatshaushalt. Ganz gewiss kamen ihm dabei die boomende Baukonjunktur und der ungebrochene Binnenkonsum zugute; die grundsolide Finanzpolitik des früheren EU-Kommissars für Wirtschaft und Währung war aber ein entscheidender Faktor für die erfolgreiche ökonomische Entwicklung des Landes.

Spätestens nach den Wahlen von 2008 war klar, dass der erste sozialistische Sieg von 2004 nicht – wie die Rechte vier Jahre lang behauptet hatte – eine Parenthese oder ein Betriebsunfall gewesen war. Wie seit Beginn der demokratischen Wahlen üblich, ermöglichten die spanischen Wähler dem siegreichen Regierungschef eine

zweite Bewährungschance, allerdings ohne absolute Mehrheit. Dieses Ergebnis wurde von Analysten so gedeutet, dass Zapatero zwar gestärkt, aber zugleich zu Kompromissen und Entgegenkommen gezwungen werden sollte. Das gute Abschneiden der Oppositionspartei wurde ebenso gedeutet: Sie sollte in der Opposition bleiben, allerdings nicht abstürzen; auch hier wurde in die neue Legislaturperiode der Auftrag mitgegeben, konzilianter und kooperativer mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Zugleich machten die Wähler klar, dass die Zuspitzung der politischen Situation und die radikale Frontalopposition sich für den PP nicht auszahlten; in der konservativen Partei wurde keine gangbare Alternative zu den regierenden Sozialisten erblickt.

Auch Zapatero verstand die Wählerbotschaft. Sofort nach der Wahl versprach er, den "politischen und gesellschaftlichen Dialog" zu suchen, was zweifellos als Gesprächsangebot an die konservative Opposition und die katholische Kirche gemeint war. Zu dieser "ausgestreckten" Hand gesellte sich jedoch auch eine "feste" Hand: ETA hätte mit konsequenter Verfolgung seitens des Rechtsstaates zu rechnen.

Die regionalnationalistischen Parteien, die in den letzten Jahren einen Radikalisierungsprozess durchlaufen hatten und – wie der PNV (*Partido Nacionalista Vasco*) im Baskenland und die ERC (*Esquerra Republicana de Catalunya*) in Katalonien – inzwischen offen für die Unabhängigkeit ihrer Territorien eintraten, wurden von den Wählern abgestraft: Der PNV erhielt (gegenüber 2004) rund 117.000 Stimmen weniger, die ERC schrumpfte sogar um 356.000 Stimmen. Die Botschaft war unüberhörbar: Extremistische Unabhängigkeitsforderungen wurden vom Wähler nicht honoriert. Die meisten den Nationalisten verloren gegangenen Stimmen kamen den Sozialisten zugute.

Der im Baskenland und in Katalonien geradezu sensationelle Sieg der dortigen Sozialisten wurde sofort mit der Abwendung der Wähler von den radikalisierten Nationalisten in beiden Regionen und ihrer gleichzeitigen Abneigung gegen den PP erklärt. Sicherlich sind beide Erklärungsansätze richtig. Darüber hinaus kann jedoch darauf verwiesen werden, dass die regionalen Sozialisten – weit mehr als andere Parteien – die "Identität" vieler Basken und Katalanen repräsentieren, die sich am besten mit einer dualen, gewissermaßen "aufgeteilten" Loyalität beschreiben lässt. In beiden Landesteilen setzen sich die Sozialisten vehement für einen Ausbau des Autonomiestaats ein; zugleich lassen sie keinen Zweifel an ihrer grundsätzlichen Treue zur Verfassung und zu Gesamtspanien aufkommen. Insofern verkörpert die Sozialistische Partei in ihren regionalen Ausprägungen am präzisesten den Autonomiestaat, wie er in der Verfassung skizziert wurde und ständiger Perfektionierung unterliegt. Das Wahlergebnis ist damit eine ernste Warnung an alle Zentralisten des Typs PP ebenso wie an die Unabhängigkeitsverfechter des Typs ERC in Katalonien und neuerdings PNV im Baskenland.



Die neue Regierung Zapatero konnte mit einigen Überraschungen aufwarten: Verteidigungsministerin wurde erstmalig eine Frau, Carme Chacón; neu eingerichtet wurden ein Gleichstellungsministerium, an dessen Spitze Bibiana Aído trat, und ein Forschungs- und Entwicklungsministerium unter der Baskin Cristina Garmendia; das Arbeitsministerium wurde um Einwanderung erweitert. Im Wesentlichen dominierte aber die Kontinuität zur vorhergehenden Legislaturperiode. Im Mittelpunkt des neuen Regierungsprogramms stehen die Wirtschaft, die Sozialpolitik und die Bekämpfung von ETA. In der Außenpolitik plädiert Zapatero für eine Europäische Union des Friedens und für ein "neues Kapitel" im Verhältnis zu den USA. Mit Blick auf die illegale Einwanderung bezeichnete er die "Konsolidierung" Afrikas südlich der Sahara als "neue Achse" der spanischen Außenpolitik. Weitere Prioritäten seien die Beziehungen zu Lateinamerika und die Zusammenarbeit der Mittelmeeranrainer.

Nur drei Monate nach seinem Wahlsieg schärfte Zapatero auf dem Parteikongress des PSOE, auf dem er unangefochten mit 98,5% der Delegiertenstimmen zum Generalsekretär wiedergewählt wurde, das linke Profil seiner Partei. Im Wahlkampf hatte er noch umstrittene Reizthemen gemieden; nun kam er seiner Basis in Sachen Gesellschaftsveränderungen weit entgegen. Beraten wurde über das Verhältnis von Kirche und Staat, das kommunale Wahlrecht für Einwanderer, eine Abtreibungsreform und Sterbehilfe. Für das Jahr 2011 ist bei Kommunalwahlen das Wahlrecht für Immigranten aus Nicht-EU-Staaten vorgesehen; bei der Abtreibung wurde eine Fristenregelung auf den Weg der Gesetzgebung gebracht; in nächster Zeit dürfte es auch eine Debatte über aktivere Sterbehilfe auf Verlangen geben; neue Kernkraftwerke sollen nicht mehr gebaut werden.<sup>14</sup>

Mit der Wahlniederlage vom März 2008 ist nicht ein konkretes PP-Programm gescheitert, sondern ein Oppositionsstil; nicht akzeptiert wurden die ununterbrochenen Aggressionen, die in den Rang einer Strategie erhoben worden waren: die *crispación*, welche die demokratische Textur der spanischen Gesellschaft zerriss, ohne die Schäden zu bedenken, die dem Zusammenleben damit zugefügt wurden. In der neuen Legislaturperiode, so Analysten der politischen Szene, stehe dem PP eine bedeutende Aufgabe bevor: Die Partei müsse endgültig im 21. Jahrhundert ankommen, die franquistischen Reste aus ihrem Innern eliminieren, sich mit der europäischen Rechten kurzschalten.

Es stand zu erwarten, dass als Folge der verlorenen Wahlen Kritik am Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten Rajoy geübt werden würde. Diese begann

---

14 Zu gesellschaftlichen Reformen und der Einstellung der Bevölkerung hierzu vgl. den Beitrag von Fernando Vallespín in diesem Band.

schon am Tag nach den Wahlen. Das Kesseltreiben eröffnete Esperanza Aguirre, die Regionalpräsidentin der Autonomen Gemeinschaft Madrid, die eine schonungslose Analyse der Wahlniederlage forderte. Sofort schlossen sich die extrem rechte Zeitung *El Mundo*, der rechtspopulistische Journalist des Bischofssenders COPE Federico Jiménez Losantos und der Nachrichtenmoderator des Madrider Fernsehsenders *Telemadrid* an, der im innerparteilichen Konkurrenzkampf bedingungslos zu Esperanza Aguirre hält. Sie alle forderten den Rücktritt Rajoys vom Amt des Parteivorsitzenden. Als Gegenkandidatin kam ernsthaft nur Esperanza Aguirre in Frage, die schließlich aber, angesichts fehlender Unterstützung in den einzelnen Landesverbänden, nicht antrat.

Nach kurzem Zögern machte Mariano Rajoy deutlich, dass er nicht bereit war, die gesamte Verantwortung für die Niederlage seiner Partei zu übernehmen und zurückzutreten. Vielmehr verkündete er seinen Anspruch, sich auf dem bevorstehenden Parteitag des PP im Juni 2008 zum Parteivorsitzenden wiederwählen zu lassen. Außerdem gab er bekannt, dass er sich in der beginnenden Legislaturperiode mit einer "eigenen Equipe" umgeben wolle. Dieser Hinweis war gegen jene Mitglieder der "alten Garde" gerichtet, die noch aus Aznars Regierungszeit dem Parteivorstand angehörten, insbesondere die extremen *hardliner* Eduardo Zaplana, PP-Fraktionsvorsitzender im Parlament, und Ángel Acebes, Generalsekretär der Partei. Fortan sollte nicht mehr von *aznarismo*, sondern von *marianismo* die Rede sein. Rajoy scheint eine Schlussfolgerung aus der Wahlniederlage gezogen zu haben: Der aggressive Oppositionsstil müsse geändert werden, und die Repräsentanten dieses Stils müssten aus seinem Umkreis entfernt werden. Zuerst verzichtete Zaplana auf seine Führungspositionen; bald darauf folgte Acebes, der während der Attentate vom 11. März 2004 Innenminister gewesen war; selbst Ignacio Astarloa, zum Zeitpunkt der Attentate Staatssekretär für Sicherheit, konnte seine Position im PP-Führungsgremium nicht halten.

Im Mai trat noch María San Gil, die PP-Vorsitzende des Baskenlandes, mit dem Argument zurück, sie könne Rajoy nicht länger trauen und fühle sich von ihm "betrogen", da er durch seinen Ruck zur Mitte offenbar auch zu einer Zusammenarbeit mit den regionalnationalistischen Parteien bereit sei. San Gil war eine der "starken" Frauen im PP, und ihr Rücktritt erschütterte die Position Rajoys zutiefst. Wochenlang war in allen Medien die Rede davon, dass der Parteiführer politisch erledigt sei und auf dem bevorstehenden Kongress keine Chance zur Wiederwahl habe. Auch der frühere Partei- und Regierungschef Aznar distanzierte sich deutlich von seinem früheren Zögling. Sie alle warfen diesem vor, ein "Verräter" zu sein und die fundamentalen Werte des PP aufgegeben zu haben. Rajoy hatte in den Tagen nach der verlorenen Wahl das getan, was er – einigen Getreuen zufolge – schon lange hatte tun wollen,

wozu er bis dahin aber keine passende Gelegenheit gehabt hatte: Er entledigte sich der ultrarechten Aznar-Garde und begann, den PP wieder auf die Mitte hin zu orientieren. Denn eines war ihm klar geworden: Wahlen werden nur mit den Stimmen der Mitte gewonnen. Und solange seine Partei im Verruf stand, ultrarechts zu sein und mit der Kirche gemeinsame Sache zu machen, würde er keine Chance haben, je die Wahlen zu gewinnen. Der PP musste auch aufhören, die Regionalnationalisten des PNV und der CiU (*Convergència i Unió*) anzugreifen, sie auszugrenzen und ständig in die Nähe von Terroristen zu rücken. Diesen ideologischen Schwenk verziehen die *hardliner* der Partei nicht, die außerdem ihre nicht erfüllten Personalambitionen hinter der ideologischen Fassade des Essentialismus versteckten.

Schnell besetzte Rajoy die Führungspositionen neu. Im neuen Exekutivkomitee sind mehrere Frauen und auffallend junge Gesichter vertreten. Generalsekretärin der Partei wurde María Dolores de Cospedal, Fraktionsvorsitzende des PP im Kongress Soraya Sáenz de Santamaría. Überraschenderweise erhielt auch Madriids Bürgermeister Alberto Ruiz-Gallardón einen Posten im Führungsgremium, obwohl es vor der Wahl zu einem ernsten Zerwürfnis zwischen Ruiz-Gallardón und Rajoy gekommen war, der ihn nicht auf die Wahllisten zum Kongress setzte.<sup>15</sup> Ruiz-Gallardóns Ernennung war ein deutliches Zeichen für Rajoys Kurs Richtung Mitte. Allerdings verstummten in der konservativen Partei die Stimmen nicht, die bezweifelten, dass der zweifache Verlierer Rajoy der richtige Kandidat für einen dritten Anlauf auf das Amt des Ministerpräsidenten 2012 sein würde. Immerhin kann sich Rajoy zugutehalten, die Partei nach der Niederlage von 2008 trotz aller Spannungen zusammengehalten zu haben. Das war und ist für eine Partei besonders wichtig, die sich die "Einheit" Spaniens auf die Fahnen geschrieben hat.

## 6. Schlussbetrachtung

Der Übergang der Regierungsgewalt vom Konservativen José María Aznar zum Sozialisten José Luis Rodríguez Zapatero als Ergebnis der Wahlen vom 14. März 2004 hatte weitreichende Folgen für Spaniens Gesellschaft und das Zusammenleben der Spanier. Wie in keiner Legislaturperiode zuvor kam es zu einer tiefgehenden Polarisierung, die das genaue Gegenteil jenes Konsenses darstellte, der in den Jahren der Transition vorgeherrscht hatte. Die neue Regierung des PSOE machte wichtige Entscheidungen der konservativen Vorgängerregierung rückgängig, so dass von einer Art politischer Pendelbewegung gesprochen werden kann.

---

15 Der Ausschluss von Ruiz-Gallardón von den Parlamentslisten war auf die Intervention von Esperanza Aguirre zurückzuführen, die damit verhindern wollte, dass Ruiz-Gallardón vom Parlament aus seinen Anspruch auf die Parteiführung erhob.

Die *crispación* der letzten Jahre hat nicht nur das politische Klima, sondern zugleich die politische Kultur und die Standards des gesellschaftlichen Zusammenlebens verändert. Ganz offensichtlich hat sie auch zu einer Stärkung der Pole des politischen Spektrums und zur Desartikulation des Zentrums beigetragen; der Trend zum Zweiparteiensystem ist unübersehbar. Aber sowohl der Wahlkampf 2008 mit seinen weit gemäßigteren Formen als auch das Wahlergebnis und die politischen Erschütterungen im PP als Folge der Wahlniederlage nähren die Hoffnung, dass die aggressive Polarisierung der letzten Jahre nicht fortgeführt wird. Den großen Parteien ist deutlich geworden, dass die radikale Gegnerschaft einen hohen Preis fordert, der sich im Gegenzug nicht positiv in Form von Wählerstimmen niederschlägt. Die personalpolitische Erneuerung im PP und der Schwenk der konservativen Partei in Richtung Mitte geben Anlass zu der Erwartung, dass die *crispación* kein Dauerzustand der spanischen Politik wird.

Vier Monate nach den Wahlen und nachdem beide Parteivorsitzende in ihren Ämtern bestätigt worden waren, schien der Augenblick einer politischen Annäherung gekommen. Sowohl Zapatero als auch Rajoy war bewusst, dass die vergiftete Atmosphäre der letzten vier Jahre zwischen den beiden großen Parteien nicht anhalten durfte; zu sehr litten die Institutionen und die Demokratie darunter. Vor allem für die Konservativen bedeutete dies, dass sie ihre Politik der "verbrannten Erde" einstellen und zu einer verantwortungsbewussten Opposition zurückkehren mussten. Ende Juli 2008 schlossen die beiden Parteivorsitzenden einen "Staatspakt" zu zentralen Fragen des Gemeinwesens. In der Antiterrorpolitik einigten sie sich auf fünf Punkte: Zusammenarbeit der Demokraten, Vertrauen in die Mittel des Rechtsstaats, Unterstützung der ETA-Opfer, internationale Zusammenarbeit und Ablehnung eines "politischen" Preises für ein eventuelles Ende des Mordens. Die kluge Entscheidung der Wähler hat die Führer der Parteien zusammengebracht und somit eine Annäherung bewirkt, die in den vier vorhergehenden Jahren nicht möglich schien. Der spanische Fall straft somit all jene Skeptiker Lügen, die der "formalen" Stimmabgabe alle paar Jahre durch die Wähler keine oder nur eine geringe Bedeutung für das Funktionieren und die Qualität der Demokratie zusprechen.

## Literaturverzeichnis

- Bernecker, Walther L. / Maihold, Günther (Hgg.) (2007): *España: del consenso a la polarización. Cambios en la democracia española*. Madrid / Frankfurt am Main.
- Däumer, Michael / Grundberger, Sebastian / Kähler, Malte (2008): "Ideologie oder Einheit? Die Zukunft Spaniens nach den Parlamentswahlen vom 9. März 2008". In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *KAS-Auslandsinformationen*, 11.7., S. 41-67.

- Däumer, Michael / Grundberger, Sebastian / Schmitz, Joscha (2007): "Zwischen nationalem Interesse und Ideologie. Spaniens Lateinamerikapolitik von Aznar bis Zapatero". In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *KAS-Auslandsinformationen*, 6.12., S. 50-74.
- Duran i Lleida, Josep Antoni (2007): *Entre una España y la otra: del 11-M al atentado de Barajas*. Madrid.
- Fundación Alternativas (2007): "Informe sobre la Democracia en España/2007. La estrategia de la crispación". In: <<http://www.falternativas.org/laboratorio/documentos/documentos-de-trabajo/informe-sobre-la-democracia-en-espana-2007-la-estrategia-de-la-crispacion-version-en-espanol>> (2.5.2008).
- Gil Calvo, Enrique (2008): *La lucha política a la española. Tragicomedia de la crispación*. Madrid.